



Dipl. Kfm. Norbert Rehm
Gründer und Sprecher der Bürgerbewegung
Bischof-Fischer-Str. 94 – 73430 Aalen
Tel. 07361-64033 – Fax 64035 – rehm-consult@t-online.de

Haushaltsrede

Norbert Rehm, AKTIVE BÜRGER
19.12.2013 zum Haushalt 2014 der Stadt Aalen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit dem Jahre 2006 schließe ich meine Haushaltsreden mit dem Satz:

Man kann eine Stadt auch gut regieren.

Heute **beginne ich damit** und ergänze: **versuchen wir es jetzt.**

Mit Ihnen, Herr Rentschler, ist die Chance gegeben. Also - **Auf geht's.**

Beweisen wir alle zusammen, dass die 180.000 € Kosten für die letzte OB-Wahl eine Investition in eine gute Zukunft waren.

Sie haben mir mitgeteilt, dass ich zum Haushalt auch etwas sagen darf. Das freut mich.

Sie wollen sogar meine Rede veröffentlichen - **ohne** dass das Presseamt Änderungen daran vornimmt.

Es **droht quasi** die Rückkehr zur Normalität.

Zur Erinnerung: Zum Haushalt 2012 hat das Presseamt tatsächlich meine Rede verändert und unter meinem Namen ins Internet gestellt.

Und als ich beim **Verwaltungsgericht dabei war, den Prozess zu gewinnen** wurden ganz plötzlich **alle Haushaltsreden** aller Fraktionen gelöscht. Der Grundsatz der **Gleichbehandlung** war damit wieder erfüllt - allerdings auf dem

**Bürgerbewegung für mehr Transparenz und Mitbestimmung
Zukunft gestalten - Bürger informieren - Verwaltung kontrollieren**



Niveau "Null". Und einige Fraktionen fanden das ganz toll - andere haben es nicht bemerkt.

Eine solche Totalretusche wurde erst dieser Tage aus Nordkorea berichtet, als man den Onkel vom großen Meister aus allen Bildern getilgt hat, nachdem man ihn hingerichtet hat.

Der OB sagt: Aalen ist die **Wirtschaftslokomotive** der Region. Dies war **bisher** schon so. Die Lokomotive ist so stark, dass sie immer noch läuft, auch wenn man sie 8 Jahre nicht gepflegt hat.

- Wir haben eine Phase der Unbeständigkeit und Unsicherheit gelebt,
- Aalen ist das Schlusslicht in der Region bei der Investitionstätigkeit
- nach einem Stillstand und einer schwierigen Vergangenheit müssen wir nach vorne blicken.

Wenn diese Sätze von mir stammen würden hätte es Tumult gegeben - aber oft kommt es **nicht so sehr darauf an, was man sagt sondern wer es sagt - Herr Oberbürgermeister.**

Sie haben den Gemeinderat aufgefordert, mit den alten Handlungsmustern Schluss zu machen. Dies muss auch für die Verwaltung gelten - wobei man auch sagen muss, dass **nicht alle** alten Muster schlechter waren als die neuen.

Aber jetzt kommt der **Aufbruch** - sagte der OB.
Und er hat in einigen Sitzungen mehrfach betont, dass **er der OB** sei und eine starke Stellung habe.

Und weil das so ist und ich dies respektiere, weil **ein Neuanfang** notwendig ist und weil wir auch die Reden **vor** der Beratung halten will ich jetzt nicht einzelne Zahlen wiederholen **sondern auch ein paar Grundsätze bemühen:**

Wichtig und richtig ist Ihre **Grundaussage**: Wir müssen die **Führungsaufgabe** in der Region stärker erfüllen.

Dies ist ganz im Sinn meiner früheren Anträge: mit oberzentralen Aufgaben und diesem Anspruch haben wir die Verpflichtung, **auch** unser Umland zu versorgen - eben mit den **oberzentralen** Einrichtungen.



Wir brauchen dazu einen engen und freundschaftlichen Schulterchluss mit den Umlandgemeinden und **keine Besserwisserei.**

Sie wollen die **Investitionen** erhöhen und den Sanierungsstau schneller als bisher abbauen. **Aktive Bürger begrüßen Aktivitäten.**

Allerdings darf dies nicht Hoppla Hop sein sondern **planvoll und entsprechend der Prioritäten.**

Die Verwaltung muss die notwendigen Informationen dem Gemeinderat rechtzeitig vorlegen, Vorbereitung und Durchführung müssen kostenbewusst erfolgen. Angesichts der Fülle der Aufgaben plädiere ich erneut dafür, bei den **Standards** an der unteren Grenze zu bleiben.

Gleichzeitig wollen Sie die **Schulden abbauen.** Das ist gut.

Entgegen den Darstellungen für den kleinen Bereich des städtischen Haushalts wird aber vergessen, dass - nach Aussage der IHK - die **Gesamtverschuldung der Stadt Aalen tatsächlich** weiter **angestiegen ist.**

Ihr Vorgänger hat immer vom **Gesamtkonzern** Stadt gesprochen, den er lenken muss. Beim Reden darüber ist es geblieben, Thema einer Grundsatzdebatte war diese Gesamtschau **aber nie.** Dies müssen wir jetzt grundsätzlich und dann laufend machen. Dies ist ein Antrag.

Ich will da nur ein paar Zahlen nennen:

Im städt. Haushalt haben wir Gesamteinnahmen von 148 Mio., die Personalkosten betragen um die 40 Mio. An Investitionen stehen dort schlappe 21 Mio. bereit.

Der Schuldenstand soll bei 51 Mio. landen, das gibt 772 € pro Einwohner. Dies ist eigentlich nicht sehr viel mehr, als wir jedes Jahr an Personalkosten haben....

Allerdings erwirtschaften wir unsere Abschreibungen nicht - insofern planen wir also einen Verlust von 351.000.

Die Grundsteuer wollen Sie um 12 % - gut eine Mio. von 8,5 auf 9,5 Mio. erhöhen.

Über diese Größenordnungen reden wir heute.

Außerhalb des städtischen Haushalts geht es aber **richtig ab:**

**Bürgerbewegung für mehr Transparenz und Mitbestimmung
Zukunft gestalten - Bürger informieren - Verwaltung kontrollieren**



Nur bei den wichtigsten Beteiligungen - ohne die Vielzahl der mittelbaren Beteiligungen und die vielen Zweckverbände sieht das Bild **ungefähr so aus:**

- die Verbindlichkeiten "außerhalb" **belaufen sich auf ca. 180 Mio.** = 352 % im Verhältnis zum städt. Haushalt oder: die Gesamtverbindlichkeiten betragen ca. 230 Mio. und 22 % davon befinden sich im städt. Haushalt - und **über die 22 % regen wir uns auf.** Ob die 78 % ein Ruhepolster sind?

- die Bilanzsumme außerhalb des städt. Haushalts beträgt **310 Mio.**

- das dort ausgewiesene Eigenkapital beläuft sich auf 100 Mio.

- und die **Rücklagen dort betragen ca. 50 Mio.** - im Haushalt hier können wir uns eine Diskussion über Rücklagen sparen - mangels Masse.

Wie gesagt: **Alles** außerhalb des städt. Haushalts und **außerhalb der Beschlussfassung des Gemeinderats.**

Ich glaube, wir haben da nicht nur ein Problem einer mangelnden Übersicht sondern auch ein **Demokratieproblem.**

In dem ganzen Sammelsurium, das **wir nicht beraten** - sind auch ein paar Highlights versteckt - und sicherlich auch abgeschrieben - wie die Südweststrom Kraftwerksbeteiligung - ein Gruß nach Brunsbüttel - und an den Windpark Nordsee. Für Kleinigkeiten wie den Totalverlust bei der NEO mit Biomasse ist ja bei solchen Zahlen kein Platz. Wenn man über KOMM AA spricht weiß sicher niemand, wie viel wir dort seinerzeit verloren haben.

Vor beinahe 2 Jahren hat man beschlossen, dass wir über die Frage solcher Beteiligungen einmal eine **Grundsatzdebatte führen** - wenigstens das haben wir **gespart.**

Im Beteiligungsbericht hat die Stadtverwaltung **folgerichtig auch die Summenzeilen bei der Kurzübersicht** weggelassen. Ein weiterer Sparbeitrag. Wer will - kann ja die Zahlen selbst zusammenzählen - oder schätzen - oder es einfach lassen.

Ich komme mit Anträgen auf das Thema zurück.



Doch wieder zu den Zahlen, die wir beraten dürfen.

Der OB will im 3 Klang aufwärts und vorwärts marschieren.

Dieser 3 Klang basiert aber auf einem Misston. Die **Grundsteuererhöhung** mit über 12 % heißt jetzt "Anpassung". Dies ist der einfachste Weg, Geld einzutreiben. An der Steuerschraube zu drehen, bevor die Ausgabeseite **ausgequetscht wurde** - ist angesichts auch der immens hohen Nebenkosten für das **Grundbedürfnis Wohnen** ein Schlag ins Gesicht der sozial schwachen Mieter und des Mittelstandes. **Niemand** kann sich dieser Kostensteigerung durch Verhaltensänderung oder Sparen entziehen - am langen Ende zahlt dann bei den sozial Schwächsten Hartz IV.

Nur **eine Zahl**: Allein bei der Abrechnung der Energiekosten wird 2013 bei ölbeheizten Wohnungen mit einer Steigerung von 22 % gerechnet.

Dass unsere Hebesätze im Vergleich zu anderen Kommunen relativ niedrig sind hilft da nicht - **relativ tot ist auch nicht gut**. Und dass die Einnahmen vollständig bei der Stadt bleiben hilft denen gar nichts, für **die am Ende des Geldes noch ein ganzes Stück Monat übrig ist**.

Im **Grundsatz richtig** liegen Sie dagegen mit der Forderung, eigene Einnahmequellen auszuschöpfen. Die eigene Einnahmequelle ist aber **nicht die Tasche des Bürgers** sondern das Vermögen der Stadt.

Da liegt eine Verwechslung vor - man muss die Begriffe "Dein" und "Mein" richtig unterscheiden.

Aus dem 3 Klang muss also ein **4 Klang in der richtigen Tonlage werden**.

Städtische Finanzen

Die Stadt hat sehr hohe Einnahmen, die zudem einigermaßen stabil und planbar sind. Eigentlich müsste eine Stadt mit solch hohen Einnahmen auskommen können. **Hauptansatzpunkt ist und bleibt für mich deshalb die Ausgabeseite**.

* Zu allererst müssen wir an dem Thema "Sparen, Überprüfung und evtl. Senkung der Standards und Effektivität bei der Aufgabenerledigung arbeiten - und zwar auch in den Beteiligungsunternehmen.

Sie haben den Schwerpunkt jetzt **verlagert**. Steuererhöhung wird zur Anpassung, die anderen Problemkinder dürfen den Namen behalten: die Personalkos-



ten steigen um über 2 Mio., Stellenzuwachs haben wir 6 oder 13 je nach Bezeichnung, Beförderungen gibt's gerade als ob permanent Weihnachten wäre.

Sie nennen die Ausweitungen "moderat" - ich will hierzu bei Ihrer ersten Haushaltsrede nicht weiter ausführen.

Die Steigerung im Bildungsbereich ist natürlich berechtigt. Wir dürfen aber das Thema **Kosten nicht ganz** aus den Augen verlieren.

Die **Aufgabenerledigung** der genehmigten Haushaltsansätze ist nach wie vor schlecht - ich hoffe, dass der neue OB es mit der **Richtigkeit von Haushaltsansätzen** genauer nimmt als der Wirtschaftsexperte vor ihm.

Einnahmen:

* Wir müssen die Attraktivität der Stadt steigern, damit wir z.B. die **Studenten auf Dauer als Einwohner** gewinnen können. Das bringt Einnahmen. Über 5000 junge Leute mit hoher Qualifikation sind ein riesiges Pfund.

* Die richtige Anpassung bei der Grundsteuer **ist die Ausweisung von mehr Bauland**. Dann wird die **Grundsteuer A zur Grundsteuer B angepasst**. Dann passt es.

* Wir müssen Gewerbegebiete ausweisen und die Abwanderung von Betrieben stoppen. Dann stimmt es auch mit der **Gewerbesteuer**.

Ohne Erhöhung der Hebesätze kommen wir durch solche Maßnahmen zu mehr Einnahmen, zu einer besseren Auslastung der Grundinfrastruktur und zu einer Senkung der Fixkostenanteile.

Dem einfachen Weg mit der Steuerfalter setze ich also eine **innovative Stadtentwicklung** entgegen.

Bei der Belastung der Bürger ist nämlich das Ende der Fahnenstange erreicht. Deshalb muss das Minimaxprinzip Leitlinie der kommunalen Finanzpolitik sein: mit minimalem Einsatz von Geld, das man dem Bürger abnimmt den maximalen Erfolg bzw. Ertrag

Ein **zentraler Punkt** kommt aber noch dazu:



* Das Vermögen der Stadt - die **städtischen Unternehmen also** müssen einen **weiteren Beitrag zur Finanzierung des Haushalts leisten.**

Auch das muss sich ändern. Ich habe die entsprechenden Anträge gestellt.

Die städtischen Beteiligungen dürfen **kein Selbstzweck** sein. Die einzige Aufgabe der Stadtwerke ist es, **die Bürger kostengünstig und sicher mit Energie zu versorgen und die weiter übertragenen Aufgaben** effektiv zu erledigen.

Und die Gewinne **gehören vollständig in die Stadtkasse** - und sonst nirgendwo hin. Mit Schrecken habe ich zwischen den Zeilen gelesen, dass Sie umgekehrt die Stadtwerke aus der Stadtkasse **sponsern wollen**. Dann **wäre auch die Wohnungsbau nicht weit. Das ist genau der falsche Weg.**

Sie dürfen nicht vergessen, dass **die Gewinne z.B. der Stadtwerke dadurch** entstehen, dass unsere Bürger und Unternehmen dies **ebenfalls bezahlen** - also die gleiche Gruppe, die Sie jetzt mit der Grundsteuer "anpassen" wollen.

* Was die Wohnungsbau Aalen GmbH angeht nickt der Gemeinderat nur - er erhält zur Absegnung der Bilanz noch nicht einmal den Geschäftsbericht.

Während wir im Gemeinderat bei Spardebatten auch schon mal über 500 €-Beträge **streiten durften entdeckt man in** diesem Geschäftsbericht dann ganz überraschende Verstecke.

Das gesamte Wohnungsvermögen wurde dorthin übertragen und **große Kaufpreiskosten gestundet**. Mit den Beträgen sollten dann Sanierungen erfolgen. Während sich also der Vermögensbestand aus **nicht gezahltem Kaufpreis** erhöht warte ich seit Jahren auf die **Beantwortung der Frage, wie es denn aktuell um die Abwicklung des damaligen Kaufpreises steht.**

* Die Aufsichtsräte müssen Ihre **Aufgabe neu definieren**: Sie dürfen nicht die Interessen des städtischen Unternehmens **im Gemeinderat vertreten** - **umgekehrt** wird ein Schuh draus. Die vom Gemeinderat gewählten Vertreter müssen **die Interessen der Gemeinde im Unternehmen** vertreten.

An dem Thema arbeite ich seit Jahren. Es scheint etwas ein Versuch am untauglichen Objekt zu sein. Aber ich bin **ja Kummer gewohnt und bleibe dran...**



Transparenz und Mitbestimmung

Vor jetzt 10 Jahren bin ich mit den AKTIVEN BÜRGER unter dem Leitspruch "für mehr **Transparenz und Mitbestimmung**" angetreten.

Da gibt es noch einen **ganzen Haufen zu tun**. Ich möchte dazu aufrufen, dass OB und Verwaltung diese Notwendigkeit erkennen. Eigentlich müsste der ganze Gemeinderat auf dieser Linie sein.

Alle Bürger, die diese Themen für richtig halten möchte ich aufrufen, sich jetzt bei der Kommunalwahl **selbst** zu engagieren.

In den letzten **Jahren wurde ich komplett** von Informationen abgeschnitten, aus allen Ausschüssen ausgeschlossen, selbst das **Rederecht haben Sie mir dort versagt**.

Alles, was ich jetzt an Mitwirkungsmöglichkeiten und Informationen habe - musste ich **mir hart erkämpfen**. Leider muss jetzt **wieder** eine Frage final geklärt werden. Beim **Gutachterausschuss** wird es da vielleicht eine Überraschungen geben - allerdings erst nach Weihnachten.

Ja, Herr Oberbürgermeister, Sie haben eine starke Stellung - eine fast grenzenlose **Macht**:

Alleiniger Chef einer großen Verwaltung, eine fast allmächtige Stellung als Vorsitzender des Gemeinderats.

Dazu noch Chef und Aufsichtsratsvorsitzender aller großen Beteiligungen der Stadt usw.

In einem Punkt hat man in der Vergangenheit aber übertrieben - und das **wird ab jetzt nicht mehr gehen**.

Ich bitte Sie sehr, Herr OB, sich die nachfolgenden Sätze zu Herzen zu nehmen. Dort wo Sie Aufsichtsratsvorsitzender sind - z.B. Stadtwerke und Wohnungsbau - sind Sie **Organ der Gesellschaft**. Hier gilt das **Gesellschaftsrecht**. Sie haben diese Position kraft Amtes als "geborenes Mitglied" und sind **nicht gewählt**. Deshalb gilt für Sie die **Ausnahme des § 18 (2) Nr. 3 GemO nicht** - Sie sind bei Fragen dieser Unternehmen im Gemeinderat befangen - **und so etwas von**.

Ich erinnere da an die aktuelle Diskussion in Ellwangen - **wir** hatten diese Themen hier schon öfters.



Dies ist der Preis der angeblich genialen Attacke eines Ihrer Vorgänger, als wir mal **unterschiedlicher Auffassung** über die Besetzung von Aufsichtsräten waren.

Mit dieser Sonderregelung ist für den Aalener OB zu 100 % sichergestellt, dass er immer im Aufsichtsrat und immer Vorsitzender ist. - Aber **wie alles im Leben** - die Sicherung dieser Machtposition hat auch **einen Preis**. Keine Wahl oder Entsendung durch den Gemeinderat heißt = **kein Vertreter des Gemeinderats und damit keine Ausnahmeregelung sondern BEFANGENHEIT**.

Sollten wir uns **dennoch** in dieser Frage in eine juristische Auseinandersetzung begeben müssen biete ich Ihnen an, mit diesem Umstand **professionell und sachlich fair umzugehen**.

Ich hoffe, dass Sie die juristische Klärung einer Sachfrage nicht wie die Herren Gerlach und Dr. Franke als Majestätsbeleidigung auffassen. Und weil wir offen miteinander umgehen wollen: Ich meine, dass auch die Satzung mit der Wahlkreiseinteilung **keinen Bestand** haben wird.

Ich will jetzt meine Redezeit nicht überziehen und lese Ihnen meine 25 Anträge nicht vor. Die Anträge sind in meinem Manuskript enthalten und wir kommen sicher bei den Beratungen darauf zurück.

.....
Anträge einfügen - im Wesentlichen geht es um..
..Anlage
.....

Schluss

Herr Oberbürgermeister, Sie haben Ihre Rede geschlossen mit der Aufforderung:

Gestalten Sie den Neuanfang **aktiv mit**.

Das ist die Gründungsidee der AKTIVEN BÜRGER. Wenn es also um **aktiven Neuanfang** geht, bin ich **selbstverständlich dabei**. **Und zwar richtig aktiv**.

Vielen Dank!

§ 18 - Ausschluß wegen Befangenheit

(1) Der ehrenamtlich tätige Bürger darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit ihm selbst oder folgenden Personen einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann:

1. dem Ehegatten

(2) Dies gilt auch, wenn der Bürger, im Falle der Nummer 2 auch Ehegatten, Lebenspartner nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder Verwandte ersten Grades,

1. gegen Entgelt bei jemand beschäftigt ist, dem die Entscheidung der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, es sei denn, daß nach den tatsächlichen Umständen der Beschäftigung anzunehmen ist, daß sich der Bürger deswegen nicht in einem Interessenwiderstreit befindet,
2. Gesellschafter einer Handelsgesellschaft oder Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs eines rechtlich selbständigen Unternehmens ist, denen die Entscheidung der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, sofern er diesem Organ nicht als Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde angehört,
3. *Mitglied eines Organs einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist, der die Entscheidung der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann und die nicht Gebietskörperschaft ist, sofern er diesem Organ nicht als Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde angehört, oder*
4. in der Angelegenheit in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist.

(4) Der **ehrenamtlich** tätige Bürger, bei dem ein Tatbestand vorliegt, der Befangenheit zur Folge haben kann, hat dies vor Beginn der Beratung über diesen Gegenstand dem Vorsitzenden, sonst dem Bürgermeister mitzuteilen. Ob ein Ausschließungsgrund vorliegt, entscheidet in Zweifelsfällen in Abwesenheit des Betroffenen bei Gemeinderäten und bei Ehrenbeamten der Gemeinderat, bei Ortschaftsräten der Ortschaftsrat, bei Mitgliedern von Ausschüssen der Ausschuß, sonst der Bürgermeister.

(5) Wer an der Beratung und Entscheidung nicht mitwirken darf, muß die Sitzung verlassen.

(6) **Ein Beschluß ist rechtswidrig, wenn bei der Beratung** oder Beschlußfassung die Bestimmungen der Absätze 1, 2 oder 5 verletzt worden sind oder ein ehrenamtlich tätiger Bürger ohne einen der Gründe der Absätze 1 und 2 ausgeschlossen war. Der Beschluß gilt jedoch ein Jahr nach der Beschlußfassung oder, wenn eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist, ein Jahr nach dieser als von Anfang an gültig zustande gekommen, es sei denn, daß der Bürgermeister dem Beschluß nach § 43 wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen oder die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluß vor Ablauf der Frist beanstandet hat. Die Rechtsfolge nach Satz 2 tritt nicht gegen-



über demjenigen ein, der vor Ablauf der Jahresfrist einen förmlichen Rechtsbehelf eingelegt hat, wenn in dem Verfahren die Rechtsverletzung festgestellt wird. Für Beschlüsse über Satzungen, anderes Ortsrecht und Flächennutzungspläne bleibt § 4 Abs. 4 und 5 unberührt.



Dipl. Kfm. Norbert Rehm
Gründer und Sprecher der Bürgerbewegung
Bischof-Fischer-Str. 94 – 73430 Aalen
Tel. 07361-64033 – Fax 64035 – rehm-consult@t-online.de

Anträge zum Haushalt 2014

Norbert Rehm, AKTIVE BÜRGER
19.12.2013

1. Städtische Finanzen

Als Grundlage der Aalener Finanzpolitik wird festgelegt:

1.1. Bei jeglicher Aufgabenerfüllung soll auf Effektivität und kostengünstige Erledigung geachtet werden, geprüft werden muss, ob und wie die **Ausführungsstandards** gesenkt werden können.

1.2 Die Einnahmemöglichkeiten aus städtischem **Vermögen und Beteiligung** (siehe Anträge) müssen ausgeschöpft werden. (**Gewinnabführung an Stadt**).

Beteiligungen der Stadt mit Gewinnerzielungsabsicht (z.B. Stadtwerke, Wohnungsbau) haben einen adäquaten Beitrag zur Finanzierung des Haushalts zu leisten. Über die Gewinnverwendung soll der **Gemeinderat entscheiden**, der zuvor umfassend über das abgelaufene Wirtschaftsjahr und den Wirtschaftsplan informiert werden muss.

1.3 **Weiteres Bauland für Wohnen und Gewerbe** muss entwickelt werden, auch um die Einnahmen (Grundsteuer, Anteil an EST und UST, Zuweisungen) zu steigern.

2. Stadtentwicklung und Investitionen

2.1. Wir brauchen eine **Ideenbörse** und müssen untersuchen was notwendig ist, damit Aalen tatsächlich **Hochschulstadt** wird.

Nicht nur die Hochschule muss attraktiv für Studenten sein- die Stadt Aalen muss ebenfalls für angehende Studenten interessant sein. Die Hochschule (Studenten und Professoren) muss besser in die **Stadtgesellschaft integriert** werden. Die Stadt muss Initiativen ergreifen, Studienarbeiten mit entsprechenden Themen anregen und begleiten, einen entsprechenden Preis ausloben, zusammen mit der Hochschule Workshops usw. anbieten um Ideen zu entwickeln und Maßnahmen umzusetzen mit dem Ziel eine "wirkliche" Hochschulstadt zu werden.

**Bürgerbewegung für mehr Transparenz und Mitbestimmung
Zukunft gestalten - Bürger informieren - Verwaltung kontrollieren**

Insgesamt müssen wir zuerst die angehenden Studenten für die Hochschule gewinnen, dann die Studenten als Einwohner. Die Stadt und die Hochschule sollen zusammen eine Strategie und ein Anreizsystem entwickeln. Die Absolventen sollen auf Dauer, Arbeitnehmer, Existenzgründer und Bürger der Stadt bleiben. Auch dies stärkt die Finanzkraft der Stadt.

2.2. Die **Parksituation** im Bereich Hochschule/Hüttfeld/Stadion muss kurzfristig einer Lösung zugeführt werden. Hierzu ist ein Konzept unter Einbeziehung eines **Kreisverkehrs mit einem Parkhaus an der Westseite der Anton-Huber-Str. und eines Parkhauses im Bereich der Stadthalle zu entwerfen.**

Parkplätze westlich des Burrens werden vermutlich von Studenten auch deshalb nicht angenommen, weil neben den Vorlesungen auf dem Burren oft auch noch andere Hochschuleinrichtungen oder die Mensa besucht werden. Die Entfernung von der Mensa bis zum Parkplatz Freibad Unterrombach wird vermutlich nicht akzeptiert werden. Die beiden Standorte haben zudem den Effekt einer Mehrfachnutzung (Stadthalle und Stadion). Die Entlastung der Bewohner im Hüttfeld wird zudem besser erreicht.

2.3. Die Verbindung der Hochschulstandorte Burren und Beethovenstr. durch **eine Brücke für Fußgänger und Radfahrer** muss vorrangig umgesetzt werden.

2.4. Die Beststellungszeit des **Fachbeirates Städtebau** ist abgelaufen. Er ist aufzulösen. Die vollständige und frühzeitige Information ist dem Gesamtgemeinderat zur Verfügung zu stellen, der auch die Entscheidungen treffen muss.

2.5. Die Grundlagen für **Stadtentwicklung und Investitionen im Bereich der Kernstadt** müssen auf eine neue Grundlage gelegt werden:

Begründung: *Am Stadtoval wird jetzt ein neues Kulturgebäude geplant. Der Grund ist: Dort steht ein Gebäude rum.

*Als man ganz plötzlich einen Plan für das Kaufringgebäude benötigte wurde plötzlich neben dem Rathaus ein öffentliches Gebäude geplant. Der Grund war: dort war noch Platz frei.

* Als man an Nichts böses gedacht hat kam unerwartet der Herr Gerlach um die Ecke und hat eine neue Stadthalle ins Gespräch gebracht. Einen Grund hat er dafür nicht gebraucht.

* Als Chef der Verwaltung hat er als Bauplatz dafür das Baustahlgelände ins Spiel gebracht - Seine Verwaltung hat dafür gerade aber Prospekte für eine Wohnbebauung gedruckt.

Dafür hat er den Verkauf eines kleinen Gebäudes mitten im Baustahlgelände als großartige Leistung gelobt. Fachleuten erschließt sich der Sinn eines Sperrgrundstücks noch nicht.

Die anstehende Gaskesselfläche ist ja geheime Kommandosache und offensichtlich exterritoriales Gebiet.

* Dafür hat die Verwaltung den Bau einer eigentlich sinnvollen und am richtigen Platz befindlichen Veranstaltungshalle auf dem Baustahlgelände abgelehnt. Der Grund? Er wollte nicht.
So geht Stadtentwicklung nicht.

Antrag: Wir müssen in der Kernstadt alle größeren für eine Projektentwicklung in Frage kommenden Grundstücke untersuchen, mit den Eigentümern kommunizieren und eine Langfriststrategie entwickeln. Dann muss der **Bedarf für öffentliche und private Großbauvorhaben** - von einer Veranstaltungshalle über Flächen wie z. B. für einen Kaufland oder eine Stadthalle - eruiert und diskutiert werden. Der Grund ist einfach: zentrale Bauvorhaben mit oberzentralem Anspruch müssen im Kernbereich errichtet werden.

Bis zur Vorlage eines solchen **Flächenkonzepts für große Zukunftsvorhaben für die Kernstadt soll eine Bebauung des Baustahlgeländes mit Wohnungen auf Eis gelegt werden.**

2.6. Aalen ist oder war zumindest **Zentrum des Eislaufens**. Nachdem der Neubau einer Eishalle von den Experten in diesem Hause zu Tode geplant wurde haben wir ein Provisorium eingerichtet - mittlerweile immerhin mit der angeblich überhaupt nicht notwendigen Überdachung. Abgewickelt wird über die Stadtwerke, dann kennt die Kosten für den Steuerzahler niemand.

Ich beantrage eine Offenlegung aller Kosten und **eine generell Entscheidung über die Entwicklung der nächsten Jahre, auch unter Prüfung eines Neubaus.**

2.7. Der OB hat die Beschlüsse des Gemeinderat zum **Ellwanger Tor Platz/Bahnhofs** gestoppt. Die neuen Überlegungen der Stadtverwaltung müssen unverzüglich dem Gemeinderat **vorgelegt** werden.

In die Planung einbezogen werden muss der am **Busbahnhof** noch **fehlende Bahnsteig**, bevor dort zufällig wieder ein Haus gebaut wird. Überprüft werden muss, ob das **Rechtsabbiegen aus der Bahnhofstr.** in Richtung Bahnhof möglich ist und eine sinnvolle Entlastung des Stadtgrabens erreicht wird.

2.8. Der seit Jahren geforderte Bericht über den Stand der **Kaufpreiszahlung der Wohnungsbau** aus der Übernahme der städtischen Wohnung muss vorgelegt ebenso vorgelegt werden wie die künftige Strategie beim Wirtschaftszentrum

3. Beteiligungen der Stadt

3.1. Die Vielzahl an städtischen **Beteiligungen muss auf Effektivität** überprüft werden und darauf, ob die **ursprünglichen Schwerpunkte** verändert werden müssen. Zielsetzung bei allen städtischen Beteiligungen ist die vom Gemeinderat festgelegte Aufgabenerfüllung.

**Bürgerbewegung für mehr Transparenz und Mitbestimmung
Zukunft gestalten - Bürger informieren - Verwaltung kontrollieren**

3.2. Aufsichtsräte und Vertreter der Stadt und des Gemeinderats **haben in den Unternehmen die Interessen der Stadt/des Gemeinderats zu verfolgen und nicht umgekehrt.**

3.3 Die **Gesamtschau "Konzern Stadt Aalen"** muss jetzt und laufend ausführlich dem Gemeinderat vorgestellt und diskutiert werden.

Der Beteiligungsbericht muss für jeden einzelnen Sachverhalt mündlich erläutert werden. Als Vorberatung ist eine separate Sitzung zu wählen oder dem Gemeinderat im Rahmen eines Workshops die Möglichkeit zu geben, den Beteiligungsbericht komplett durchzuarbeiten.

4. Demokratie und Beteiligung

4.1. Der **Grundsatz der Öffentlichkeit** muss in der Gremienarbeit wieder beachtet werden, ebenso die Vorschrift, dass der Gemeinderat das Hauptorgan ist, das grundsätzlich die Entscheidungen zu treffen hat.

4.2. Zur **Stärkung der Rechte des Gemeinderats in Bezug auf Entscheidungen in den städtischen GmbHs** habe ich am 20.6.2021 6 Anträge gestellt, die immer noch nicht behandelt wurden. Dies muss nunmehr im 1. Quartal 2014 erfolgen.

4.3. Der **Ältestenrat** darf zu keinem Geheimgremium ausgebaut werden, um einzelne Stadträte komplett von Informationen fern zu halten. Laut Gesetz ist einzige Aufgabe und Funktion des Ältestenrats, den Oberbürgermeister in Fragen der Tagesordnung zu beraten.

4.4. Die Anzahl der vorhandenen **Gremien und Arbeitskreise** muss **überprüft** und auf ein notwendiges Maß reduziert werden. Die Einrichtung solcher Arbeitskreise darf nicht immer dann erfolgen, wenn man keine Entscheidungen fällen will. Sind die Gremien eingerichtet müssen sie auch tagen und den Auftrag erfüllen. Die Verwaltung muss die notwendige Vorarbeit leisten und die Informationen liefern.

4.5. Die **Hauptsatzung** ist so zu ändern, dass die Stadtteile und alle Bürger sowie in Folge alle Stadträte in den notwendigen Gremien entsprechend der Verfassung repräsentiert sind und informiert werden.

Jedes Mitglied des Gemeinderats soll in einem Hauptausschuss vertreten sein. Die Aufgabenerfüllung mit Ortschaftsverfassung und unechter Teilortswahl ist effektiv und bürgernah zu organisieren. Die Machtfülle des Oberbürgermeisters und der Verwaltung muss dazu nicht weiter ausgebaut bzw. verstärkt werden.

4.6. Analog zur Ideenschmiede Kultur brauchen wir für die Integration der Hochschule und für die Entwicklung der Freiflächen in der Innenstadt bzw. deren Nutzung für zukunftssträchtige und notwendige größere Bauvorhaben **eine Ideenschmiede /Bürgerbeteiligung** und einen entsprechenden Fahrplan. Der OB soll die Themen für eine Grundsatzdebatte auf die Tagesordnung des GR setzen.



5. Kultur

Mit dem **Kulturfahrplan** werden jetzt neue Wege beschritten, die vom Gemeinderat beschlossenen, aber nicht umgesetzten Maßnahmen zur **Kostensenkung** und Effektivitätssteigerungen dürfen dabei aber nicht ganz aus dem Auge verloren werden.

6. Gremienarbeit

Die **Gremienarbeit muss "mobiler"** werden, der Gemeinderat muss Zugang zu den internen Informationsquellen der Verwaltung haben. Zur Steigerung der Transparenz und Erhöhung der Effektivität sind die **neuen Medien** zu nutzen.

Norbert Rehm, Stadtrat
Gründer und Sprecher der Bürgerbewegung
AKTIVE BÜRGER